

Niederschrift  
der 01. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 11.01.2018  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 17:55 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Maximilian Schwarz

stellv. Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

Mitglieder

Herr Michael Adomeit  
Herr Manfred Butter  
Herr Thomas Lewing  
Herr Rocco Pantermöller  
Herr Heiko Werner

Vertreter

Herr Stefan Bauschke  
Herr Rüdiger Kuhn

Vertretung für Herrn Harald Ihlo  
Vertretung für Herrn Prof. Dr. Werner Gronau

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Rainer Behrndt  
Herr Peter Fürst  
Frau Gisela Steinfurt

Gäste

Herr Peter Sobottka

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 16.11.2017.  
Bestätigung der Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 30.11.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

- 3.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der  
Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0073/2017
  
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
  
- 4.1** zur Entwicklung der Hansestadt Stralsund / der Hansestadt  
Stralsund und der Region als Marke  
Einreicher: SPD-Fraktion  
Vorlage: AN 0143/2015
  
- 5** Verschiedenes
  
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von  
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 16.11.2017. Bestätigung der Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 30.11.2017**

Die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 16.11.2017 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltungen

Die Niederschrift der 13. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben vom 30.11.2017 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0073/2017**

Auf Nachfrage von Herrn Schwarz teilt Frau Steinfurt mit, dass der Doppelhaushalt bereits mehrfach auf der Tagesordnung anderer Ausschüsse stand. Sie beschränkt sich deshalb auf die Zuständigkeiten und Angelegenheiten des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben. Bezug nehmend auf die Wirtschaftsförderung im Teilhaushalt 06 teilt Frau Steinfurt mit, dass es im Vergleich zum Vorjahr keine großen Abweichungen gibt.

Im Vorjahr war die Kurabgabe, die gemäß Bürgerschaftsbeschluss entfällt, Bestandteil des Teilhaushaltes 06. Die Verwaltung hat den Auftrag erhalten, einen Entwurf für eine Kulturabgabe für Übernachtungen zu erarbeiten. Der Entwurf befindet sich noch in der Abstimmungsphase innerhalb der Verwaltung. Dieser Haushaltsansatz ist nunmehr mit einem Volumen in Höhe von 550.000 Euro im Teilhaushalt 90, zentrale Finanzleistung, als sonstige Gemeindesteuern eingeordnet.

Frau Steinfurt geht zu den geplanten Ausgaben über. Neu ist der Zuschuss für das Welcome Center an den Landkreis. Das Welcome Center soll unter Trägerschaft des Landkreises, in Kooperation mit anderen Trägern, als zentraler Servicepoint fungieren. Hierfür sind insgesamt 20.000 Euro, 10.000 Euro pro Jahr, im Haushalt berücksichtigt.

Des Weiteren liegen in der Zuständigkeit des Ausschusses die Gesellschaften. Die Gewinnanteile derer sind entsprechend der Wirtschaftspläne im Haushalt aufgenommen. In Bezug auf die LEG sind Gewinnanteile, die sich noch nicht im Wirtschaftsplan finden, ab 2019 einkalkuliert. Hier ist eine Nachbesserung erforderlich.

Weiterhin sind die Zuschüsse entsprechend der Vorgaben und Zuarbeiten der Fachämter berücksichtigt worden, u.a. auch für das Theater.

Für die Tourismuszentrale wurden ebenfalls Zuschüsse, in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan, eingestellt.

Herr Adomeit sieht in Bezug auf das Welcome Center keine Vorteile.

Herr Fürst erklärt, dass für das Welcome Center eine Bürgerschaftsvorlage, die im März 2018 auf der Tagesordnung stehen soll, erarbeitet wird. Das Welcome Center ist regional aufgestellt und soll durch den Landkreis betrieben werden. Der Kreistag hat den entsprechenden Beschluss zur finanziellen Beteiligung und grundsätzlich zum Betrieb schon gefasst. Partner werden u.a. die Hansestadt Stralsund, die Bundesagentur für Arbeit, die Industrie – und Handelskammer, Unternehmensverbände und auch die Hochschule sein.

Das Welcome Center soll Wirtschaftszuwanderer, die der Wirtschaft als Arbeitnehmer in jeglicher Art Nutzen bringen, in allen wichtigen Angelegenheiten betreuen, sodass sie schnell Fuß fassen.

Für den zentralen Servicepoint ist ein Lohnkostenzuschuss aus einer geförderten Maßnahme beantragt und bewilligt, sodass die Kosten für die beteiligten Gebietskörperschaften oder Gremien möglichst gering gehalten werden. Die Hansestadt Stralsund hat in den ersten zwei Jahren einen Kostenfaktor von 10.000 Euro pro Jahr.

Herr Adomeit spricht die technische Vernetzung und die gut aufgestellten Wirtschaftsförderungen an, die aus seiner Sicht kein Welcome Center erfordern. Herr Adomeit wird der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Fürst betont, dass die vorrangige Aufgabe des Welcome Centers nicht darin besteht, Ausländer oder Flüchtlinge zu integrieren.

Die vor Ort bestehenden Interessenverbände und Wirtschaftsfördereinrichtungen sind nicht so aufgestellt, dass sie eine umfassende Betreuung leisten können.

Es müssen Netzwerke entstehen und genutzt werden, um z. B. Kinderbetreuungsmöglichkeiten und geeignete Wohnungen finden zu können.

Weiterhin verdeutlicht er, dass sich das Welcome Center nicht nur auf das Gebiet Stralsund erstreckt, inbegriffen ist auch die gesamte Region nördliches Vorpommern. Somit hat die

Hansestadt Stralsund, als wirtschaftliches Zentrum, mit geringer Kostenbeteiligung den größten Effekt.

Frau Ehlert findet die Idee des Welcome Centers gut. Sie sieht Schwierigkeiten in der Schaffung der Rahmenbedingungen und spricht die Problematik der Kinderbetreuung an, beispielsweise können in ihrer Einrichtung bis 2019 keine Kinder aufgenommen werden.

Herr R. Kuhn spricht im Namen seiner Fraktion und befürwortet das Welcome Center.

Herr Schwarz sagt, dass das Thema „Welcome Center“ im März auf der Tagesordnung der Bürgerschaft sein wird.

Seine Fraktion wird dem Haushalt so zustimmen. Änderungsanträge den Haushalt betreffend wird die Fraktion noch einreichen.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf besteht und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0073/2017 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen      1 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

#### **zu 4      Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1      zur Entwicklung der Hansestadt Stralsund / der Hansestadt Stralsund und der Region als Marke Einreicher: SPD-Fraktion Vorlage: AN 0143/2015**

Zu Beginn beantragt Herr Schwarz Rederecht für alle Anwesenden, die am Prozess der Entwicklung einer Stadtmarke beteiligt sind.

Herr Harnisch als Leiter der Arbeitsgruppe Stadtmarke berichtet, dass es seit der letzten Diskussion zu diesem Thema im Ausschuss Gespräche in den Fraktionen gegeben hat und auch mit dem Oberbürgermeister. Dieser hat für den Fall, dass die Wirtschaft 20.000€ zu dem Projekt beisteuert, seine Unterstützung zugesagt. Daraufhin gab es ein Treffen der Vorstände der DEHOGA, der Mittelstandsvereinigung und des Stadtmarketing Vereins. Seit Ende letzten Jahres stehen die 20.000€ zur Verfügung. Beteiligt haben sich u.a. dass HELIOS Klinikum, die Störtebeker Braumanufaktur und Ostseestahl.

Herr Harnisch bittet darum, dass Thema noch einmal in die Bürgerschaft zu tragen und es so zu ermöglichen, die Mittel noch in den Haushalt einzustellen. Ebenso wie Herr Schwarz schätzt auch Herr Harnisch die Kosten für die Startphase auf 70.000€ - 80.000€. Es werden 60.000€ von der Stadt benötigt, um den Prozess professionell in Gang zu setzen.

Herr Schwarz teilt mit, dass seine Fraktion zur nächsten Bürgerschaftssitzung einen Änderungsantrag zum Haushalt einreichen wird, aus dem hervor geht, dass die 60.000€ für die Entwicklung einer Stadtmarke aus dem Bereich der Vergnügungssteuer gedeckt werden sollen.

Herr Sobottka fragt, was eine Stadtmarke ausmacht und wie diese aussehen soll.

Herr Kretzschmar erklärt, dass Städte zunehmend miteinander im Wettbewerb stehen. Dabei geht es um die Gewinnung von Fachkräften und Einwohnern, aber auch um die Gewinnung von Touristen. Wenn Orte als Marke wahrgenommen werden, haben sie eine größere Chance, diese Ziele zu erreichen. Ziel einer Marke ist es, mit klaren Bildern und Worten das Bild einer Stadt zu zeichnen, das zeigt, für was die Stadt steht und was sie ausmacht. Dies sorgt für einen Orientierungspunkt für den potenziellen Einwohner oder Touristen. Es geht darum, sich von Städten abzugrenzen, die ebenfalls an der Küste liegen oder auch Hansestädte sind.

Herr Oulwiger ergänzt, dass die Stadtmarke nicht nur eine Außen- sondern auch eine Innenwirkung hat. Zuerst muss das Verständnis in der Stadt vorhanden sein, bevor man nach Außen tritt. Wenn ein funktionierender Stadtmarkenkern vorhanden ist, sind alle Nutznießer.

Herr Lewing fragt, warum die Stadt nicht in Eigenleistung aktiv wird und eine Agentur den Auftrag bekommen soll. Des Weiteren sieht er den Vorteil für die Stralsunder nicht.

Auf Nachfrage erklärt Herr Fürst, dass eine Stadtmarke nicht durch die Verwaltung erarbeitet werden kann. Breite Schichten der Bevölkerung, die sich in das Leben der Hansestadt einbringen wollen, entwickeln den von außen gesteuerten Stadtmarkenprozess. Jeder Bürger hat seinen ganz speziellen, eigenen Fokus. Dies führt in der Summe dazu, dass in der Außenwahrnehmung kein Alleinstellungsmerkmal kommuniziert wird.

Ziel ist es, dass Alleinstellungsmerkmal mit der Steuerung durch ein externes Büro zu finden.

Herr Bauschke sieht einen langjährigen Prozess. Wichtig ist, dass dieser bis zum Ende verfolgt wird. Aus diesem Grund fragt er, ob eine Kostenaufstellung bezüglich der Implementierung des Projektes vorhanden ist.

Herr Kretzschmar stimmt Herrn Bauschke zu und ergänzt die Worte von Herrn Fürst.

Momentan wird viel für die Hansestadt Stralsund geworben, aber es fehlt die gemeinsame Sprache. Mit Hilfe eines Leitfadens entsteht aus der Masse der Kommunikation ein Mehrwert.

Eine zentrale Einheit, die Marketing ausspielt, ist mit Kosten verbunden. Die Summe eines Kommunikationskonzeptes ist allerdings schwer zu fassen.

Fraglich ist auch, wie die wirtschaftliche Lage der Hansestadt Stralsund in den nächsten Jahren aussieht und was die Stadt im Bereich Marketing leisten kann. Dies ist jedoch ein nächster Schritt und es geht momentan um die Schaffung der Grundlage. Ein professioneller Prozess ist erforderlich, damit die Zufriedenheit aller gegeben ist und eine weitere Bereitschaft, sich dessen anzuschließen, nicht verloren geht.

Herr Harnisch geht nochmal auf den Prozess ein. Durch eine regelmäßige Rückkopplung aller Beteiligten ist sichergestellt, dass der eingeschlagene Weg für gut und richtig empfunden wird.

Frau Ehlert findet es gut, dass sich die Unternehmen positionieren und spricht für eine Unterstützung, wenn es der Haushalt hergibt. Andere Städte vermarkten sich ebenfalls und sind somit Vorreiter, auch wenn kein greifbares Beispiel vorliegt.

Herr R. Kuhn schildert persönliche Erfahrungen und spricht sich für die Stadtmarke aus.

Frau Waschki verdeutlicht, dass sich die Wirtschaft ergänzt. Wichtig ist, dass mit dem Beginn des Prozesses alle zusammenarbeiten und die Agentur nicht losgelöst agiert. Ist der Prozess gut vorbereitet, kann es durchaus ein Selbstläufer werden.

Frau Waschki betont, dass alle bisher geführten Gespräche und Planungen zur Stadtmarke von Ehrenamtlern durchgeführt wurden, die Erstellung eines Konzeptes aber durch eine Agentur erfolgen muss.

Herr Schwarz bedankt sich bei allen Beteiligten. Der entsprechende Antrag, um die notwendigen Gelder für die Stadtmarke in den Haushalt einzustellen, soll in die Bürgerschaft eingebracht werden. Herr Schwarz sichert eine Rückmeldung über die Entscheidung der Bürgerschaft zu und schließt den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5        Verschiedenes**

Herr Adomeit teilt mit, dass die Hansestadt Stralsund den Mietvertrag von Croque und Salate zum 30.06.2018 gekündigt hat. Damit gehen 7 Arbeitsplätze verloren.

Auf Nachfrage erklärt Herr Fürst den Sachstand. Die Firma Croque und Salate ist Mieter des Erdgeschosses eines Flachbaues, der an einem Neubaublock angegliedert ist. Die Fläche ist Eigentum der Hansestadt Stralsund und der Eigentümer des Neubaublockes ist gewillt, die Wohnungen auf der Giebelseite mit Balkonen auszustatten. Dafür benötigt er die Fläche des Erdgeschosses und hat einen Antrag auf Kauf gestellt. Durch den Kauf wird der Mietvertrag hinfällig.

Die Hansestadt Stralsund hat versucht, äquivalente Ausweichmöglichkeiten zu finden, aber in dem Stadtgebiet stehen kaum Gewerbeeinheiten für die Gastronomie oder ähnliche Nutzung zur Verfügung. Herr Schwarz sichert zu, die Thematik auf die Tagesordnung eines der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben zu setzen.

Herr Schwarz teilt mit, dass sowohl Herr Hüfken vom Jobcenter als auch Herr Dr. Radloff von der Agentur für Arbeit zugesagt haben, ihre Arbeit im März bzw. April im Ausschuss vorzustellen und Fragen zu beantworten.

Herr Adomeit schlägt vor, den Zoll zum Thema Mindestlohn bzw. Schwarzarbeit zu einer Sitzung des Ausschusses einzuladen. Herr Schwarz sagt zu, die Möglichkeit im Hinblick auf Zuständigkeit zu prüfen.

Die Ausschussmitglieder haben zu den übrigen Tagesordnungspunkten keinen Redebedarf, somit entfallen diese.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Maximilian Schwarz  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung